

Protokoll Nr. 01/04

der Beratung der Kommission für Lehre und Studium (LSK) des Akademischen Senats (AS) am 12. Januar 2004
von 14.15 bis 16.40 Uhr

Leitung:

Herr Prof. Schlaeger

Geschäftsstelle:

Frau Holldack (Protokoll)

Mitglieder:

Herr Dr. Dahme, Frau Froemel (entschuldigt), Frau Frost, Frau Fuchslocher, Frau Hron (Stellv.), Frau Dr. Huberty, Herr Hübner (entschuldigt), Frau Knuth (entschuldigt), Herr Prof. Presber, Herr Prof. Raddatz, Herr Dr. Schnabel, Herr Sieron (entschuldigt), Herr Süß, Frau Teodorescu (entschuldigt), Herr Zerowsky

Ständig beratende Gäste:

Herr Prof. Tenorth,
Herr Baeckmann,
Herr Möhlmann

Gäste:

Frau Fettback (Abt. VI),
Frau Kalbe (Phil.Fak.III),
Frau Schüler (Phil.Fak.III)
zu TOP 4 Herr Prof. Danuser (Phil.Fak.III),
 Herr Gießmann (Studiendekan
 Phil.Fak.III)
 Herr Bleek (Phil.Fak.III)

TOP 1

Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

TOP 2

Bestätigung des Protokolls

Das Protokoll über die Beratung vom 15. Dezember 2003 wird bestätigt.

TOP 3

Informationen

Prof. Tenorth berichtet zum Stand der Lehrerbildungsreform:

Das Änderungsgesetz zum Lehrerbildungsgesetz ist nunmehr vom politischen Senat beschlossen worden. Damit steht der Weg zur Einführung von konsekutiven Studiengängen im Lehramtsbereich frei. In den Bachelor-Studiengängen soll es aufgrund der gewünschten Polyvalenz keinen Lehramts-Abschluß geben, vielmehr soll es ermöglicht werden, den angehenden Lehrern im Rahmen der berufsfeldbezogenen Zusatzqualifikation (Berufswissenschaften) gerecht zu werden (Mindestumfang 30 Punkte). Auch das Studieren von 2 im Berliner Fächerkanon enthaltenen Fachwissenschaften ist verbindlich, um (neben dem überdurchschnittlichen BA-Abschluß) einen Zugang zum Lehramts-MA zu erhalten. Es soll einen "kleinen" (60 SP) und einen "großen" (120 SP) Lehramts-MA geben. Beiden gleich ist der hohe Anteil der Berufswissenschaften (Fachdidaktik/Erziehungswissenschaften) von 50 bzw. 70 SP, damit dem Gesetz (ein Drittel der zu vergebenden SP insgesamt - BA und MA - sind den Berufswissenschaften zuzuschreiben) Genüge getan wird. Die Bildungsverwaltung behält sich u.a. vor, die erreichten Abschlüsse der einzelnen Studierenden zu prüfen und in einem förmlichen Verfahren einem 1. Staatsexamen gleichzusetzen. Diese Gleichsetzung ist u.a. Zugangsvoraussetzung für den Vorbereitungsdienst, der mit dem 2. Staatsexamen abschließt. Die Ausgestaltung des Studiums obliegt unter Berücksichtigung der Rahmenstruktur, die im Änderungsgesetz festgehalten wurde, den Universitäten. Prof. Tenorth betont, daß an der Einführung der neuen Studiengänge zum Wintersemester 2004/05 festgehalten werden sollte. Aufgrund des engen Zeitrahmens regt er folgendes Verfahren an: Zunächst sollte in den Akademischen Senat eine Vorlage zur Einrichtung dieser Studiengänge eingebracht werden. Nach Beschluß des AS werden die Fächer aufgefordert, die Erarbeitung der erforderlichen Module auf der Grundlage der in den Facharbeitsgruppen formulierten Kompetenz- und Qualifikationsziele zum Abschluß zu bringen. Anschließend sind die Studien- und Prüfungsordnungen in den Gremien zu behandeln. Das Verfahren sollte möglichst im Mai 2004 seinen Abschluß finden. Um den Prozeß der Erarbeitung von Studien- und Prüfungsordnungen sowohl zu beschleunigen als auch zu vereinfachen, wurden in der Abteilung Studienreform

und Evaluation Arbeitshilfen erarbeitet. Diese und die o.g. AS-Vorlage werden den Mitgliedern der LSK für die nächste Sitzung zur Verfügung gestellt.

Prof. Schlaeger erkundigt sich nach den Akkreditierungskosten der Studiengänge. Daraufhin erläutert Prof. Tenorth, daß zunächst aufgrund der im Gesetz verankerten Erprobung für einen Zeitraum vom 8 Jahren auf eine Akkreditierung verzichtet wird; vorgesehen ist eine begleitende Evaluation. Ein Evaluierungskonzept ist noch in diesem Jahr zu erarbeiten. Die Evaluationskosten sind noch offen (Verweis auf Änderungsgesetz).

Es schließt sich eine Diskussion der LSK-Mitglieder zu u.a. folgenden Punkten an:
Zugang zum Lehramts-MA, MA-Abschlussbezeichnung, Erhalt von universitätsspezifischen Merkmalen in den Modulen gegenüber der FU (Rolle der TU in der Lehrerbildung noch offen), Anzahl der studienbegleitenden Prüfungen, Gewährleistung der Studierbarkeit, Gefährdung der "Abholung" von Lehrveranstaltungen, unterschiedliche Punkteverteilung in den einzelnen Modulen von HU und FU (Anerkennung muß gewährleistet werden), Schwierigkeiten der Facharbeitsgruppen in den Fächern (in einigen Fächern wurden bereits BA/MA-Ordnungen erarbeitet ohne lehramtsspezifische Merkmale)

Mit Verweis auf die Besprechung zur Reform der Lehrerbildung in der nächsten LSK wird die Diskussion beendet.

Herr Süß stellt einen offenen Brief des Aktionsrates der streikenden Studierenden vor:
Am Donnerstag, 15. Januar 2004, findet die Haushaltslesung (vorgesehene Verabschiedung des Doppelhaushalts) im politischen Senat statt. Neben den Kürzungen an den Universitäten geht es z.B. auch um die Abschaffung der Lernmittelfreiheit, Erhöhung der Kita-Gebühren, den Stellenabbau und die Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst usw. Der Aktionsrat der streikenden Studierenden fordert neben den Studierenden und anderen alle Lehrkräfte an den Universitäten auf, an diesem Tag Lehrveranstaltungen ausfallen zu lassen bzw. zum Roten Rathaus zu verlegen, um so auf geeignete Weise dem Protest gegen die aktuelle Politik des Berliner politischen Senats Ausdruck zu verleihen. Gemeinsam mit dem Sozialbündnis und den Gewerkschaften sind diverse Veranstaltungen ab 12 Uhr geplant.

TOP 4

Beschlußfassung zur Studien- und Prüfungsordnung für die modularisierten Magisterteilstudiengänge im Fach Musikwissenschaft

Herr Gießmann erläutert die Änderungen, die aufgrund der Strukturveränderungen notwendig waren und erklärt, daß die Ordnungen zum WS 2004/05 in Kraft treten sollten.

Prof. Danuser weist auf die Struktur des Faches und die Schwierigkeiten, die sich einerseits aus der Absenkung der Anzahl der Professuren an der HU ergeben sowie den dramatischen Veränderungen an TU und FU.

Die Vertreter der Musikwissenschaften beantworten die Fragen von Frau Dr. Huberty bzgl. der Nachweise der modernen Fremdsprachen (Lesefähigkeit) sowie der Anrechnung von Studienzeiten, -leistungen und Prüfungsleistungen aus der ehemaligen DDR. Nach Diskussion der LSK-Mitglieder mit den Vertretern der Musikwissenschaften besteht Einvernehmen

- den letzten Satz des § 6 (2) in der Prüfungsordnung zu streichen und ggf. an geeigneter Stelle in die Studienordnung aufzunehmen
- sowie in Folge davon den § 7 (3) der Prüfungsordnung zu konkretisieren.

Bei zwei Enthaltungen ergeht folgender Beschluß:

Beschluß LSK 01/2004

- I. Die Kommission für Lehre und Studium nimmt die Prüfungsordnung und die Studienordnung für die modularisierten Magisterteilstudiengänge im Fach Musikwissenschaft unter der Voraussetzung, dass die Änderungen eingearbeitet werden, zustimmend zur Kenntnis.
- II. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird die Abteilung VI beauftragt.

TOP 5

Strukturplanung

Prof. Schlaeger erläutert die Stellungnahme der Gemeinsamen Kommission (EPK, LSK, FNK) zur Strukturplanung des Präsidiums. Er betont, daß einzelne Textbeiträge der Fakultäten keinen Einfluß auf den Text der Gemeinsamen Kommission (GK) haben können, vielmehr stellt die Stellungnahme der GK das Ergebnis aus den Anhörungen der Fakultäten dar. Er sieht die Aufgabe der LSK dbzgl. als erfüllt an und verweist darauf, daß

sich nunmehr am 20.01.2004 das Konzil sowie am 27.01.2004 der AS damit beschäftigen werden. Anschließend wird sich die GK über das weitere Vorgehen verständigen.

Frau Fuchslocher fragt nach dem Inhalt des Treffens der GK mit dem Präsidium am Donnerstag, 08.01.2004, und moniert, daß die studentischen Vertreter darüber nicht informiert wurden. Prof. Schlaeger zeigt Verständnis für die Verärgerung, verweist aber auf die Einladung des Präsidiums. Inhaltlich wurde primär die Gegenfinanzierung diskutiert. Im Gegensatz zur Auffassung der GK, daß die Summe von 30 Mio. Euro nicht eingespart werden kann, wenn die einzelnen Wissenschaftsbereiche weiterhin arbeitsfähig sein sollen, hält das Präsidium an seiner Position der Notwendigkeit der o.g. Einsparsumme fest.

Die Frage von Frau Fuchslocher, ob das Präsidium den Empfehlungen von Pkt. 4 der Stellungnahme der GK (Fortführung der agrarwiss. Lehre und Forschung an HU) folgen wird, verneint Prof. Tenorth. Er betont allerdings die Bereitschaft des Präsidiums, im Rahmen des finanziell Machbaren auf Vorschläge der GK einzugehen. Herr Zerowsky fragt nach, ob die Universitätsleitung in Hinblick auf den Haushaltsbeschluß an der TU Alternativvorschläge bzgl. evtl. höherer Einsparsummen erarbeitet hat. Prof. Tenorth erklärt, daß die TU-Leitung am 29. 01. 2004 einen Strukturplan vorstellen wird, der eine Einsparsumme in Höhe von ca. 23-24 Mio. Euro beinhaltet. Er geht nicht von einer Erhöhung des Einsparvolumens an der HU aus.

Herr Süß stellt die Frage, ob sich die GK den Präsidiumsvorschlägen anschließt. Er schlägt vor, einen eigenen Beschluß der LSK in das Konzil einzubringen. Prof. Schlaeger weist noch einmal daraufhin, die Ergebnisse von Konzil und AS abzuwarten; erst anschließend könnte eine Stellungnahme der LSK erforderlich sein.

Frau Dr. Huberty erklärt, daß Ihrer Meinung nach die Stellungnahmen der Fakultäten nicht ausreichend in der Stellungnahme der GK berücksichtigt worden sind (Stichwort Lektorenstellen). Sie äußert die Befürchtung, daß diese Spezifika dann auch beim Präsidium keine Beachtung finden. Prof. Schlaeger betont ein weiteres Mal, daß die GK sich nicht in der Lage sah, im Hinblick auf einzelne Fakultäten bzw. Institute speziell zu formulieren. Dies könne zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Auf die von Prof. Schlaeger geäußerte Auffassung, nach Spielräumen zu suchen, wie die Summe von 30 Mio. Euro minimiert werden kann (mind. 5 % Reserve aufgrund von Ausscheiden von Mitarbeitern) erklärt Prof. Tenorth, daß ohne einen Tarifabschluß eine hohe Unsicherheit bzgl. der finanziellen Reserven besteht.

Die Geschäftsstelle wird den neuen Präsidiumsvorschlag den LSK-Mitgliedern zur Verfügung stellen.

TOP 6

Verschiedenes

Der nächste Sitzungstermin der LSK (u.a. Beratung der o.g. AS-Vorlage) wird am 26. 01. 2004 stattfinden.

gez. Holldack